ROTE BLÄTTER

4

SDS MARBURG

Internationalismus: DIE REVOLUTION IM EIGENEN LANDE MACHEN!!

Seit letztem November stelltesich die Frage: Was bedeutet konkreter oder gar proletarischer Internationalismus? wiederholt als einer der zentralen Diskussionspunkte in der Studenten- Schüler- und Lehrlingsbewegung. Der Anstoß zu den Vienamaktivitäten kam von außen, von den USA - zuerst aufgegriffen wurde er von der ADF und alten Internationalismusgruppen im SDS. Innerhalb der desorganisierten Linken wurde dieser Anstoß wohl als Rettungsanker angesehen um

1. aus dem isolierten Zustand mit Hilfe des Vietnamprotests herauszukommen und größere Bevölkerungsteile anzusprechenAufgrund der Berichterstattung der liberalen Presse über die My LaiMassaker schien Vietnam am besten dazu geeignet.
2. Erhoffte man, daß sich die zeitliche Kontinuität und der globale Charakter der Kampagne als Organisationsmotor auswirken würden.

Wie wir aber gesehen haben, führte gerade der Globalcharakter der Kampagne zu Schwierigkeiten:
Einerseits kam die alte Diskussion mit den "Friedensfreunden" von der DKP um die Frage der Parolen wieder auf (Frieden in Vietnam oder Für den Sieg der vietnamesischen Revolution,
andererseits zeigte sich im SDS wie immer die Tendenz, daß man aufgrund der Unfähigkeit, Kampagnen langfristig und planvoll durchzuführen, von Monat zu Monat von einem Ansatzpunkt zum anderen stolperte (Vietnam, Black Panther, Angola usw.)
Das einfache Austauschen einer Vietnam - Kampagne durch eine Angola - Kampagne, legitimiert durch die Parole "Vom abstrakten zum konkreten Internationalismus" und theoretisch begründet mit dem richtigen Einwand, daß über dem Protest gegen den US-Imperialismus die Analyse des BRD-Imperialismus vernachlässigt wurde, führt seinerseits wieder zu einem voluntaristischen Praxisansatz und bleibt moralisch, wenn nicht in der Analyse und in der Agitation der internationale Charakter des Imperialismus aufgezeigt wird, wenn die Vermittlung zwischen Vietnam, Griechenland und Portugal, zwischen der Politik der Nixon - Regierung und der Politik der SPD - Regierung nicht hergestellt wird.
Der internationale und der nationale Charakter des Imperialismus und die sich daraus ergebenden Widersprüche müssen untersucht werden - Die internationale Kapitalverflechtung, der Militarismus, der Kulturimperialismus können uns nur unter Berücksichtigung dieser Widersprüche langfristige Praxisansätze liefern.

Der erste Ansatz dazu soll in dieser Nr. der ROTEN BLÄTTER geliefert werden. Weitere Imperialismusbeiträge in der nächsten Nr.

DAS IMPERIALISTISCHE WELTSYSTEM UND DIE ROLLE DER BRD

I. Die Krise des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg

Ende des 2. Weltkrieges hatte sich die weltpolitische Situation entscheidend verändert. Die traditionellen Zentren des Kapitalismus und Imperialismus in Europa und Asien befanden sich in einer schweren Krise; Deutschland und Japan mußten bedingungslos kapitulieren, Englands und Frankreichs wirtschaftliche Macht war weitgehend zerstört und sie waren bei ihrem Kriegspartner, den USA, tief verschuldet. Die UdSSR hatte die Position einer sozialistischen Weltmacht erringen können, statt des "Cordon sanitaire", den die Siegermächte des 1. Weltkrieges gebildet hatten, war jetzt ein Schutzgürtel sozialistischer Staaten entstanden, der bis nach Mitteleuropa reichte. Zudem gärte es in vielen kolonialen und halbkolonialen Ländern, in denen sich zum ersten Mal weltweit sozialistische Kräfte gegen die Herrschenden Regimes auflehnten.

II. Reorganisation des europäischen Kapitalismus und Imperialismus unter der Hegemonie der USA

1.) Frontstellung gegen das sozialistische Lager

In dieser Lage sahen sich die USA gezwungen, besser, waren allein dazu in der Lage, die Imperialistische Gegenoffensive zu tragen. Als England auf Grund eigener ökonomischer Schwierigkeiten sich 1947 außerstande erklärte, daß konservative griechische Regime gegen eine revolutionäre Guerillabewegung zu schützen, antworteten die USA mit der seit Ende des Krieges durch antikommunistische Hetze systematisch vorbereiteten Truman-Doktrin. Damit wurde praktisch jedes Land, das versuchte, die Herrschaft des Kapitalismus aufzuheben, zum Protektorat der USA erklärt. Diese Doktrin kennzeichnet nur einen Aspekt der US-Globalstrategie, nämlich den Versuch, die Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern. Dieser Anspruch beinhaltet den Neuaufbau der alten, europäischen Zentren kapitalistischer Macht. US-Außenminister Acheson drückte diesex antikommunistische Strategie aus, als er forderte, "Situationen der Stärke" herzustellen d.h. durch Truppenstationierungen, Militärhilfe, Marshall-Plan und vor allem private Investitionen sollten die nach dem Kriege auf schwachen Füßen stehenden europäischen Regierungen langfristig stabilisiert werden, womit sie gleichzeitig von der USA abhängig gemacht wurden. Seitens der USA wurde dann auch konsequent die Durchführung der in den deutschen Westzonen beschlossenen Sozialisierungsgesetze sabotiert. Die BRD wurde in kürzester Zeit als antikommunistisches Bollwerk hochgepäppelt, da man offensichtlich die ökonomische Konkurrenz des entstandenen zweiten deutschen Staates der DDR, befürchtete.

2.) Ausbeutung der Länder der 3. Welt

In einer Rede des amerikanischen Finanzministers Snyder kommt ein weiterer Aspekt der Globalstrategie, der aggressive, neoimperialistische Charakter der sog. US-Hilfe deutlich zum Vorschein: "Dem US-Privatunternehmertum muß die Möglichkeit gegeben werden, sich durch Investitionen am Entwicklungsprogramm der asiatischen Länder zu beteiligen... Auf diese Weise werden die privaten Gesellschaften zugleich ihr eigenes Programm, das der Auslandsexpansion, durchführen." Am besten ließen und lassen sich mit solchen Praktiken die Länder der 3. Welt unter Verwendung dortiger billiger Arbeitskräfte und Rohstoffquellen ausbeuten. Da die Konzerne weniger an der ökonomischen

Entwicklung, der Infrastruktur usw. als an Gewinnen interessiert sind, müssen diese Gebiete zwangsläufig unterentwickelt bleiben. Unter Berücksichtigung soch günstiger Ausbeutungsverhältnisse ist die Bekämpfung der Befreiungsbewegungen nur logisch.
Bilanz der Standart Oil of New Jersey + Tochtergesellschaften 1960 :
67% des Betriebsvermögens in USA - 34% Gewinne
33% des BV in Lateinamerika + östl. Hemnissphäkre - 66% Gewinne

Aufbau des imperialistischen Paktsystems
Um diese günstigen Voraussetzungen Neoimperialistischer Ausbeutung zu sichern, potentiell die Länder des sozialistischen Lagers zu Bedrohen, sowie die nationalen Befreiungsbewegungen wirksam bekämpfen zu können, sahen sich die USA gezwungen, umfassende Militärbündnisse aufzubauen.
NATO (North Atlantic Treaty Organisazion)
Dringlichste Aufgabe nach dem 2. Weltkrieg war für die USA die Eindämmung des wachsenden Einflußbereiches der UdSSR und die Verhinderung weiterer sozialistischer Umwälzungen in Europa. Unter dem Gesichtspunkt der von Dulles formulierten Roll Back - Strategie wurde 1959 die NATO gegründet. Da es der UdSSR gelang, durch die Entwicklung von Atom und Wasserstoffbomben den militärtechnischen Vorsprung der USA aufzuholen, konnte diese Strategie nicht verwirklicht werden. Der auch über den nordatlantischen Raum hinausreichende, agressive Charakter des Bündnisses wird in einem 1960 unterzeichnetem Kommuniqué deutlich:" Unser Bündnis kann sich... nicht nur mit dem nordatlantischen Raum oder der militärischen Verteidigung befassen. Es muß auch seine politische und wirtschaftliche Stärke nach dem Grundsatz der Interdependenz organisieren und dabei der Entwicklung außerhalb seines Raumes Rechnung tragen. "

SEATO (South East Asia Treaty Organisazion)
Die Seato , 1954 gegründet, entlarvt den US- Anspruch , die südostasiatischen Staaten schützen zu wollen schon damit, daß ihr neben den USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland nur drei asiatischen Staaten (Philippinen, Thailand, Pakistan) angehören. Durch zahlreiche Provokationen gegen Indien (Kaschmirfrage: ökonomische Erpressung Indiens durch die USA) , Laos, Kambodscha, um nur einige zu nennen, wurde permanent das Genfer Indochinaabkommen gebrochen. Der betriebene Völkermord in Vietnam stellt nur das krasseste Verbrechen der USA und seiner SEATO- Verbündeten dar.

Bagdad Pakt ~~X~~ CENTO
Als im arabischen Raum die Briten nicht mehr fähig waren, die nationalen Befreiungsbewegungen wirksam zu bekämpfen, planten die USA, Großbritannien und Frankreich gemeinsam 1951 mit Hilfe des sog. Ostkommamdos ihre imperialen Interessen durchzusetzen. Weder die Mitgliedschaft der arabischen Staaten Türkei und Iran, noch die formale Zurückziehung der USA in die Auschüsse können verschleiern, daß es sich beim Bagdadpakt und der aus ihm hervorgegangenen CENTO um eine Sicherung der wirtschaftlichen Interesse n der nicht arabischen Mitgliedstaaten handelt, die allerdings noch untereinander divergieren.Schließlich stellt dieser Pakt die strategische Verbindung zwischen NATO und SEATO her.

OAS (Organisation of American States)
Hervorgegangen aus der Pan- America- Union ist dieOAS als politischen und militärisches Bündnis der Prototyp des US- amerikanischen Neo-Imperialismus. Die südamerikanischen Länder spürten und spüren immer wieder, wie auf ökonomischen Druck die politische Erpressung folgte. (Diskriminierende Handelsverträge) Mehr als zehn erfolgreiche Putsche reaktionärer Militäroffiziere, vom CIA intensiv vorbereitet und unterstützt sind in den letzten zwanzig Jahren erfolgreich durchgeführt worden.

Allein Cuba gelang es 1959 durch eine revolutionäre Erhebung sein US-Vasallenregime zu stürzen, woraufhin die USA die südamerikanischen Mitglieder zwang, sich einer totalen Wirtschaftsblokade gegen Cuba anzuschließen. Wie sich Südamerikas Bevölkerung für die militärische und wirtschaftliche "Hilfe" der USA bedankt, hat der Vertreter des amerikanischen Kapitals, Rockefeller, auf seiner letztjährigen Reise zu spüren bekommen.

IV. Aufstieg der BRD zur führenden Macht in Westeuropa

In diesem weltweiten Paktsystem ist die USA immer noch die politisch und ökonomisch stärkste Macht. Das bedeutet aber nicht, daß die anderen kapitalistischen Staaten innerhalb des westlichen Bündnisses keine eigene imperialistische bzw. neoimperialistische Politik betreiben. Vor allem die BRD ist ökonomisch so erstarkt, daß sie wieder eigene imperialistische Ziele verfolgen kann. Gerade während der Wirtschaftskrise von 1966 ergab sich für die westdeutschen Monopole die Notwendigkeit, Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland zu suchen. In dieser Situation die Verwicklung der USA in den Vietnamkrieg der Bundesrepublik ersten verstärkt in Gebieten zu investieren, in denen vorher nur die USA dominierten, und zweitens sich ohne die Konkurrenz der USA neue Kapitalanlagemöglichkeiten zu erschließen.
Diese ökonomische Stärke steht allerdings noch im Widerspruch zur politischen Schwäche der BRD, die aus der gescheiterten imperialistischen Politik Hitler-Deutschlands resultiert. Dadurch ist es bedingt, daß die imperialistische Zielsetzung und die ersten praktischen Ansätze zu deren Verwirklichung zwangsläufig heute noch in verschleierter Form vorangetrieben werden müssen. Hier ist auf die bundesrepublikanische Entwicklungs"hilfe" hinzuweisen (eine differenzierte Analyse ist hier nicht möglich) die unter dem Deckmantel der"humanitären Hilfe" es versteht, Profitinteressen durchzusetzen.

Wie es der BRD gelungen ist, 25 Jahre nach bedingungsloser Kapitulation zu einer führenden wirtschaftlichen und militärischen Macht der kapitalistischen Welt aufzusteigen, läßt sich an den Entwicklungsstadien der Bundeswehr aufzeigen. Nachdem bereits 1949 das"Amt Blank" in Bonn mit Übernahme eines großen Teils der nationalsozialistischen Offiziersskader die strategischen und technischen Vorbereitungen für den Aufbau einer neuen deutschen Armee geschaffen hatte, bereitete Adenauer als Exponent des Kalten Krieges mit seiner Methode der lancierten Interviews die westdeutsche Bevölkerung systematisch auf die Remilitarisierung der BRD vor. Zur Integration in die NATO konnten die politischen Voraussetzungen erst geschaffen werden, als die Bedenken Englands und Frankreichs vor einem wiedererstarkten Deutschland durch steigenden Druck der USA zurückgedrängt worden waren. Nach der Einbeziehung der BRD im Jahre 1955 wurde die Bundeswehr zur stärksten Armee Westeuropas aufgebaut, sodaß auf dieser Grundlage die reaktionären westdeutschen Machtpolitiker bereits 57/58 Mitbestimmung in den NATO- Führungsstäben anstrebten . Wenn die angesteuerte Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomwaffen vorläufig zurückgestellt wurde, gelang es doch in kürzester Zeit, entscheidende Führungsgremien des Paktes mit westdeutschen Militaristen zu durchsetzen. Ihre partielle Vorherrschaft in dem NATO Bereich "Europa- Mitte" ist unbestritten, in anderen strategischen Bereichen, in Portugal und der Ostsee wächst sie ständig. Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 68 wurde der militärisch- agressive Akzent der Bundeswehr klar, um der herrschenden Klasse in der BRD als Disziplinierungsinstrument zu dienen.

/ ermöglichte es

Impressum : Burger Sittermann Stock Hesse Naumann VollbersSchilling Unger

Kurzinformation zu einigen Aspekten des revolutionären Befreiungskrieges der PAIGC in Guinea(B)

"Unser Dialog mit den Portugiesen ist der bewaffnete Kampf."
(A.Cabral)

"Wir arbeiten für uns und versorgen die Kämpfer mit Reis, denn die Kämpfer und wir, sind wie das Fleisch und die Knochen."(Ein Häuptling vom Stamme der Mandigo zu dem frz. Journalisten G.Chaliand)

Die PAIGC wurde am 19.9.1956 gegründet.(PAIGC=Partido Africano da Independencia da Guinea e Capo Verde)
Ihr Ziel: die Befreiung von der portugisieschen Kolonialherschft.
Das Mittel zum Zweck: Der nationale Befreiungskampf.
Cabral: "...der nationale Befreiungskampf(ist) eine Revolution ...und (endet) nicht in dem Augenblick, indem die Flagge gehißt ~~wixdx~~ und die Nationalhymne gespielt wird."Also nicht formale politische Unabhängigkeit, sondern "die Wiedererlangung dieses vom Imperialismus geraubten Rechts, nämlich die Befreiung des Entwicklungsprozeßes der nationalen Produktivkräfte".
In ihrem Parteiprogramm wird nicht nur die Liquidation aller kolonialistischen und imperialistischen Beziehungen gefordert wie die Bestrefung aller jener, die "die Einheit des Volked zerstören", sondern auch, was wesentlich entscheidender ist, die Beseitigung "der Unterwerfung des menschlichen Wesens im entwürdigenden Interesse des Profits von Individuen, Gruppen oder Klassen" wie auch die "effektive Beteiligung und kreative Initiative der Volksmassen auf allen Ebenen der nationalen Führung". Der Aufbau des neuen Staates und seiner ~~E~~ Wirtschaft schließlich soll"im Einklang mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus"stehen.
1959 leitet die Partei eines Streik der Hafenarbeiter und Handelsmatrosen. Am 3. August tötet das portugiesische Militär 5o Streikende und verletzt weit über 1oo.
Welche Lehre zieht die PAIGC ?
"Legale Kämpfe sind ungleiche Kämpfe. Dabei sind die Waffen nur auf einer Seite, auf Seiten der Macht und der Polizei. In unterentwickelten Ländern sind wirkliche Kämpfe revolutionär sie besitzen ebenfalls Waffen."(Cabral)
Wer unterstützt die Partei ? Warum?
Die Frage der Bodenreform spielt keine Rolle. Hier herscht z.g.T. Stammeseigentum. Subsistenzwirtschaft.
Die Mobilisierungsfaktoren sind: Kopfsteuer, Naturalsteuer, Zwangsarbeit, Zwangsanbau von Erdnüssen(koloniale Monokultur) und fremde Häuptlinge.
Zu letzterem: Die Bevölkerung Guineas(insgesamt: 8oo ooo) zerfällt in 8 große ethnische Gruppen. Davon gehören zwei, Ful und Mandigo, zum Islam. Der Rest sind Animisten. Allein die beiden größten animistischen Stämme, Balante und Mandjaken, vereinigen schon ca. die Hälfte der Bevölkerung.
Sie kennen keine Schriftsprache, kannten keine Geldwirtschaft, hatten kein Häuptlingswesen, d.h. die soziale Differenzierung innerhalb des Dorfes war nicht sehr ausgeprägt.
Die Portugiesen zwangen ihnen Häuptlinge, vor allem Fuls, auf. Damit zerstörten sie die traditionelle Dorfstruktur.
Es verwundert also nicht, daß Balante und Mandjaken, wie generell die animistischen Stämme die PAIGC aktiv unterstützen.
Die islamitischen Stämme hingegen kollaborieren mit den Portugiesen. Infolge des Befreiungskampfes spitzen sich auch hier die Widersprüche zu und ein Teil der islamitischen Bevölkerung kämpft schon auf Seiten der PAIGC.
In den Städten wird die PAIGC vor allem von der Arbeiterklasse unterstützt.(Hafenarbeiter, Arbeiter im Flußtransport und Mechaniker)

Neben der städtischen Jugend(Gelegenheitsarbeiter) sind ein Teil der Angestellten und unteren Beamten für die Partei besonders wichtig.Sie sind der Führungskern und haben auch den Anstoß zu diesem Kampf gegeben.
Darüber Cabral:"Die koloniale Situation,die die Entwicklung einer einheimischen Pseudobourgeoisie nicht erlaubt und in der die Volksmassen im allgemeinen das notwendige politische Bewußtsein nicht vor dem Ausbruch des Phänomens der nationalen Befreiung erreichen,bietet der Kleinbourgeoisie die historische Gelegenheit,den Kampf gegen die Fremdherschaft zu leiten und aus ihrer objektiven und subjektiven Lage heraus(höherer Lebensstandard als der der Massen,häufigere Kontakte mit den Agenten des Kolonialismus,daher mehr Gelegenheit gedemütigt zu werden;höherer Grad der allgemeinen und politischen Bildung,u.) die Schicht zu sein,die am schnellsten das Bewußtsein des Bedürfnisses erlangt,sich von der Fremdherschaft zu befreien.
Diese historische Verantwortung wird von dem Teil der Kleinbourgeoisie übernommen,den man im kolonialen Zusammenhang r e v o l u t i o n ä r nennen kann,während die anderen Teile den charakteristischen Zweifel dieser Klasse behalten oder sich mit dem Kolonialismus verbünden,um illusorischerweise,ihre soziale Stellung zu verteidigen."
Aber die Haltung dieser Schicht(d.h. des revolutionären Teiles) ist widersprüchlich:"Um die Macht,die nationale Befreiung ihr in die Hände legt,zu bewahren,gibt es für die kleinbourgeoisie nur einen Weg:ihren natürlichen Tendenzen zur Verbürgerlichung freien Lauf zu lassen,...und sich notwendigerweise mit dem imperialistischen Kapital zu verbünden.Das alles entspricht jedoch der neokolonialen Situation:Dem Verrat der Ziele der nationalen Befreiung.Um dieses Ziel nicht zu verraten gibt es für die Kleinbourgeoisie nur einen Weg:...Selbstmord als Klasse zu begehen,um daraus als revolutionärer Arbeiter wieder hervorzugehen,der sich vollständig mit den tiefsten Wünschen des Volkes identifiziert,zu dem er gehört."(Cabral)
Der Kampf:
a)militärische Ebene:Beginn:Jänner 1963:Nordfront,Juni:Südfront.PAIGC kontrolliert heute 75% des Landes.
Bilanz des Jahres 1968:1700 Portugiesen getötet,27 gefangen. 569 Angriffe auf die abgeschnittenen port. Stützpunkte, dabei 11 Stützpunkte eingenommen.10 Flugzeuge abgeschossen und 62 Schiffe versenkt.
Bilanz Feb,-Nov. 1969:443 Angriffe auf die Stützpunkte, insgesamt 30 zerstört.Allein in einer Woche(erste Juniwoche) hat die Befreiungsbewegung 97 Portugiesen getötet, 78 Angriffe auf die Stützpunkte vorgetragen und 12 Fahrzeuge zerstört.
b)politische Ebene:Schwerpunkt noch immer Kaderschulung und Aufklärung der Bevölkerung.
c)ökonomisch-soziale Ebene:Während die Portugiesen für ihre Truppen den Reis aus Brasilien importieren müssen,häufen sich in den Dorfsilos in den Dörfern tausende Tonnen Reis,die nicht verbraucht werden aber auch nicht exportiert werden können.Schulbildung:1965/66 hatte die PAIGC 127 Elementarschuler errichtet,mit 191 Lehrer für 13 361 Schüler.66/67 lauten die Zahlen:159,220,14 386.(Die Portugiesen hatten während ihrer 500jährigen Herschaft insgesamt 56 Schulen für 2000 Schüler errichtet).Zur Weiterbildung schickt die Partei ihre Kader in die sozialistischen Staaten(Von der Facharbeiterausbildung bis zum Universitätsstudium).
Die Lage am medizinischen Sektor:6 Feldlazarette,120 medi-

zinische Beratungsstellen, 23 mobile Ärzteteams und über 100 Krankenschwestern. Daneben ein Spezialkrankenhaus für Behandlung von Napalmopfer in Guinea(Conakry).
Unter den Portugiesen gab es insgesamt 11 Ärzte, davon waren aber 3 ständig in Portugal, d.h. pro 100 000 Einwohner ein Arzt. Außerhalb der Hauptstadt Bissao gab es nur ein Krankenhaus.
Die PAIGC hat außerdem "Volksladen" eingerichtet, in denen die Bevölkerung ihre agrarischen Produkte gegen Konsum- und Industriegüter eintauschen kann.
Generell gilt für die Organisation des Befreiungskampfes, daß die Partei dem Gewehr befiehlt und nicht umgekehrt.
Außerdem sagt Cabral: "Wenn einer ein Gewehr hat und ein anderer ein Arbeitsgerät, dann ist derjenige der wichtigere von beiden, der das Arbeitsgerät hat."

"Auf unserem Weitermarsch treffen wir noch zwei weitere Jungen, die uns grüßen.
"-Mut", sagt Cabral, "wir werden sie schlagen."
"-Das ist sicher", entgegnen sie."

Geldspenden: PS Konto Berlin-West 210 257 W. Schwiedrzik, 1 Berlin 21, Stichwort: Angola-Guinea(B)

Sachspenden: Thilo Bulling 1 Berlin 12 Niebuhrstr. 77

Literatur: Cabral, Amilcar, Die Theorie als Waffe, Berlin, 1968
Davidson, Basil, The Liberation of Guine, (Penguin Taschenbuch)
Chaliand, Gerard, Bewaffneter Kampf in Afrika, Trikont, 1969
Projektgruppe Afrika in INFI Berlin, Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, Berlin, 1969

ZUR ANTI-BW-KAMPAGNE

A. Geschichte

I. Internationalismus

Die Aktualisierung der Anti-Bw-Kampagne wurde durch den für die Entstehung der Studentenbewegung zentralen Mobilisationsfaktor, die Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, vermittelt. Aus dem voluntaristischen Verlangen nach "Liquidierung " des"abstrakten Internationalismus" bot sich auf dem Vietnam-Kongreß (17./18. Feb. 1968) in Berlin die Kampagne "Zerschlagt die Nato" an, die mit der Hoffnung verbunden wurde, "die innerkapitalistischen Widersprüche zu einer qualitativen Verbreiterung der Massenbasis, zur Bildung einer zweiten Front gegen den Imperialismus in den Metropolen auszubilden", sowie die Möglichkeit, damit eine "praktisch politische Koordinierung der sozialistischen Protestbewegung Westeuropas durch die gemeinsame Aktion zu erreichen".
Die Konkretisierung des anti-imperialistischen Kampfes schien gleichsam handgreiflich zu sein. So jedenfalls der Genosse Krahl: "Dieser Kongreß wird keine bloße Deklamation bleiben. Noch heute Nacht (!) werden sich die Vertreter der internationalen Gruppen zusammensetzen, um die politischen Konsequenzen zu ziehen, vor allem in Bezug auf eine Kampagne, die aus diesem Kongreß organisiert hervorgehen soll: Die Kampagne "Zerschlagt die Nato"."
Parallel dazu ging man daran, die Anstrengungen zu einer Desertion-Kampagne für die in Westdeutschland stationierten US-Soldaten zu organisieren, die hauptsächlich vom Heidelberger und Frankfurter SDS getragen wurde. Soweit bekannt erschöpfte sich damit die "Konkretisierung" des Internationalismus auf diesem Gebiet - ausgenommen, daß auf Teach-ins, in TV-Interviews der "Zauberkünstler" und auf der "Sylvesteransprache" des BV 1968/69 weiterhin der NATO die Zerschlagung angekündigt wurde.

II. Notstandsgesetze

In der Diskussion um den Art. 87 a GG (Einsatz der Bw im Inneren) wurde in den Kreisen der liberalen Öffentlichkeit erstmalig die innenpolitische Funktion der Bw problematisiert. Die Verabschiedung der NS-Gesetze fiel denn auch in den köpfen einiger Genossen mit ihrer Anwendung direkt zusammen. Die Aktionen gegen die NS-Gesetze, begleitet von der Parole "vom Protest zum Widerstand", fanden ihren Niederschlag in der Rücksendung bzw. Verbrennung von Wehrpässen und im sprunghaften Ansteigen der Kriegsdienstverweigerung (Kdv), die nun zunehmend mit politischen Argumenten begründet wurde.

III. Formierung der Anti-Bw-Kampagne

Angesichts des "Bürgerkriegsinstruments Bundeswehr" wurden zu diesem Zeitpunkt die Bemühungen um eine Organisierung der gegen die Bw gerichteten Aktivitäten intensiviert. Mit der noch weitgehend abstrakten Einsicht in die verschiedenen Funktionen der Bw (ökonomisch, politisch, ideologisch) im Kopf sahen sich einige "Interessenten" - meist der Bw aus ihrer ehemaligen Dienstzeit verbunden - nach einem geeigneten Instrument zur Mobilisierung der "wehrunwilligen Massen" um. Was sich anbot war der "Verband der Kriegsdienstverweigerer" (VK), der - politischen Implikationen der Kdv nicht abgeneigt - für eine "Unterwanderung" ohne größeren Aufwand geeignet schien.
Die Frankfurter Genossen waren die eifrigsten "Unterwanderer"; schon Mitte 1968 gründeten sie den Rat der Gruppe Frankfurt, was praktisch einer Übernahme des Verbandes gleichkam. Andere Gruppen zogen eiligst nach, so daß - allzu emphatisch- Anfang 1969 vom VK

nur noch als von der "Projektgruppe Bw" im Rahmen der APO gesprochen wurde. Auf dem Stuttgarter Bundeskongreß im Frühjahr 1969 hatte die Linken die absolute Mehrheit, wählten einen Vorstand ihrer Gnaden und änderten die Satzung nach den Anforderungen des politischen Kampfes. So greifbar wie der Sieg über das reaktionäre Lager im Verband schien, so schnell verflüchteten sich alle hoffnungsvollen Träumereien mit hilfe der bürgerlichen Klassenjustiz, die die Vorstandswahlen für ungültig und die Satzungsänderungen als mit den Zwecken des Verbanden unvereinbar erklärte. Einige Genossen wurden wegen "verbandsschädigenden Verhaltens" ausgeschlossen. Damit verlor die Bw-Kampagne ihre politisch-organisatorische Basis. Der Verlust des VK besiegelte nur mehr den Lernprozeß einiger Gruppen, die von der Bw-Arbeit wegen nicht ausgewiesener strategischer Relevanz in Zukunft die Finger lassen wollten.

IV. Theorie der Kampagne

a) Anti-Bw-Kampagne

Trotz differenzierter Funktionsanalyse der Bw nach ökonomischen, ideologischen und politischen Gesichtspunkten war für die Praxis doch hauptsächlich die Paralyse des "Bürgerkriegsinstruments der herrschenden Klasse" relevant. Die Taktik der Paralyse bestimmte sich nach den Zugeständnissen des militärischen Herrschaftsapparats. Unter der Parole "Tragt Unruhe in die Bundeswehr" wurde die massenhafte Produktion von Kriegsdienstverweigerern (kdv'lern) organisiert. Über die gewerkschaftliche Erfassung im VK gelang es auch, einige wenige für subversive Kadertätigkeit zu gewinnen: So klauten sie geheime Dokumente, organisierten sogenannte Widerstandszellen in den Kasernen oder gaben ihrem Tätigkeitsdrang gar in Sabotageakten Ausdruck. Im VK kristallisierte sich eine organisatorische Zweigleisigkeit heraus: der Bereich der legalen Tätigkeit umfaßte die Kdv-Beratung und gewerkschaftliche Organisierung von Soldaten und Zivilisten, davon unterschieden wurde der subversive Tätigkeitsbereich, die Arbeit der Kasernen-Kader, Herausgabe illegaler Flugschriften und Zeitungen etc.

Die Reaktion der herrschenden Militär- und Regierungsclique auf den sprunghaften Anstieg der Kdv:

	insgesamt	davon Soldaten
1967	5.963	871
1968	11.798	3.458

schien die Gefährlichkeit dieser Arbeit für den Kapitalismus zu bestätigen. Der Vorsitzende des Verteidigungausschusses des Bundestages, Friedrich Zimmermann (CSU) erklärte: "Mit der Kriegsdienstverweigerung kann das so nicht weitergehen. Wenn sich reihenweise Wehrpflichtige nach der Grundausbildung als Kriegsdienstverweigerer melden und damit ein Geschütz blockieren oder gar ein ganzes Bataillon funktionsunfähig machen, dann ist das keine Gewissensentscheidung mehr, sondern eine Gefahr für unsere Sicherheit." (FR v. 9.12.1968) Anfang des Jahres 1969 wurden die Rechte der kriegsdienstverweigernden Soldaten schließlich - wie prognostiziert - durch einen Erlaß des Generalinspekteurs weiter eingeschränkt. Diese Entwicklung bedingte eine neue Destruktionstaktik, den Übergang zur "Wehrrechtskampagne". Aus den Soldaten sollten "Wehrrechtsexperten" gemacht werden, um "autoritäre Strukturen zumindest partiell zu zersetzen". Die "emanzipative Wendung" dieser Rechte sollte das "antiautoritäre Potential" in den Kasernen mobilisieren. Mit dem Ansatz der Kaderrekrutierung für die Bw aus anderen sozialen Bereichen wurde die bornierte Fixiertheit an die Bw aufgeknackt und im Fortgang ihrer theoretischen Bemühungen stießen die Genossen auf die Militarisierung als gesamtgesellschaftliches Phänomen.

b) Anti-Militarismus-Arbeit

Was nun in die Theorie eingeflochten wurde, war die "Militarisierung als Prozeß in allen gesellschaftlichen Teilbereichen". Es galt, "den Zusammenhang zwischen der Institution Bw und den anderen Herrschaftsebenen zu bestimmen und - organisatorisch - die Ver-

knüpfung sozialistischer Arbeit anderswo mit der direkten Arbeit gegen die Institution Bw" herzustellen.
Theoretisch stellte sich die Vermittlung zu den sozialen Teilbereichen so dar, daß man in der Schule "militaristische Lehrinhalte" aufzudecken, in Berufsschulen die "Identität betriebswirtschaftlicher und militärischer Führungsmodelle" transparent zu machen (Uffz - Meister - Analogie) und zu den Hochschulen die "Militarisierung der Wissenschaft (besonders Auftragsforschung) agitatorisch zu entlarven und das gewonnene Potential in den Dienst einer Anti-Militarismus-Kampagne zu stellen gedachte. Bestimmend für diesen Begriff des Militarismus war die Erkenntnis der Formierungstendenzen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen.
Die neue Perspektive "Kampf dem Militarismus in allen gesellschaftlichen Bereichen" war anfangs noch mit den Fehlern der vergangenen Phase belastet, d.h. das Primat der Bw-Arbeit wurde aufrechterhalten unter dem Motto: Wir müssen der herrschenden Klasse die Gewehre aus der Hand schlagen!
"Die Aufnahme praktischer Kritik an den Militarisierungsprozessen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen wird die auf Verunsicherung, Lähmung und Zersetzung der Bw als Institution bisher bornierte Bw-Kampagne auch organisatorisch zum Teil einer als revolutionärer Bewegung sich heranbildenden sozialistischen Avantegarde machen!"
In der Praxis sah diese Neubestimmung anti-militaristischer Arbeit so aus, daß sozialistische Praxis jeglicher Art unter die Anti-Militarismus-Arbeit subsummiert wurde: Die Hamburger z.B. gaben jede sozialistische Tätigkeit als anti-militaristische aus, da "Anti-Militarismus ja genau die Zerschlagung militaristischer Indoktrinationsmechanismen meint", damit verbunden erhoben sie einen theoretischen und praktischen Avantegarde-Anspruch. So verfolgten sie das Ziel der Organisierung der Provinz-APO unter ihrer Obhut: Die anti-militaristische Zelle faßt alle Genossen zusammen, die in den Bereichen Bw, Schule und Betrieb tätig sind.

c) Zusammenfassung
Erst nach der"Austreibung aus dem Paradies" durch die Klassenjustiz sah man, daß der Anspruch, eine bestehende Organisation zu einem "sozialistischen Kampfverband" - gleichsam unter dem Deckmantel der Öffentlichkeit" umxxfunktionieren zu wollen, nicht länger aufrechtzuerhalten war. Die Niederlage auf organisatorischen Gebiet ebnete gleichzeitig den Weg, die mit der Zeit mächtig angeschwollene "Anti-Militarismus-Kampagne" auf ihren aktuellen Stellenwert im Rahmen einer sozialistischen Bewegung radikal zu überprüfen.
So machte sich bei den Hamburger Genossen die Erkenntnis breit, daß die Apo nicht nur aus dem VK besteht, man zog daraus die Konsequenz und beteiligte sich nunmehr vorrangig an der Organisierung (Schulungen, Strategiedebatten) der sozialistischen Bewegung. Ähnliches spielte sich in Frankfurt ab.

(Fortsetzung folgt)